

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der Sitzung
des Bau-, Wege- und Umweltausschusses (Gemeinde Ostenfeld) am
Donnerstag, 15. Mai 2025,
im Bürgerzentrum "Alte Schule", Dorfstr. 8, 24790 Ostenfeld/R.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:01 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 7

davon anwesend: 5

Anwesend sind:

a) stimmberechtigt:

Ausschussvorsitzender

Simon Uken

stellv. Ausschussvorsitzender

Christian Prang

Ausschussmitglieder

Meike Sievers

Tim Rühle

Malte Struck

b) nicht stimmberechtigt:

Bürgermeister

Wilhelm Haupt

Mitglieder der Verwaltung

Protokollführung

Torben Thode

c) entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Anja Eckstein

Nils Peters

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 VIII GO SH
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2025
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussfassung zur Brunnenanlage in der Alten Schule BWUA4-7/2025
6. Beratung und Beschlussfassung über die Erneuerung der Nebeneingangstür der Alten Schule BWUA4-8/2025
7. Beratung zur Verkehrsinsel und Stoppschild am Rader Weg
8. Beratung zur Anbringung von Spiegeln in Kreuzungsbereichen
9. Beratung über die Aktion zur Kastration von freilebenden Katzen 2025
10. Beratung über die Einhaltung der Straßenreinigungssatzung (Rinnsteine, Heckenschnitt und Hundekot)
11. Beratung über bestehende Bauvoranfragen und weitere Wohnraumentwicklung
12. Sachstandsbericht über das Feuerwehrgerätehaus
13. Beratung über Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Grünflächen
14. Bericht der Verwaltung
15. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden, Anfragen der Ausschussmitglieder

Nicht öffentlicher Teil

16. Bericht der Verwaltung
17. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden, Anfragen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

18. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse
19. Schließung der Sitzung

TOP 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Simon Uken eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 28.04.2025 form- und fristgerecht unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurde. Tag, Ort und Stunde der Sitzung sind öffentlich bekannt gemacht worden. Gegen die ordnungsgemäße Einladung werden keine Einwendungen erhoben. Herr Uken stellt weiterhin fest, dass der Bau-, Wege- und Umweltausschuss Ostenfeld aufgrund der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist.

TOP 2.: Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 VIII GO SH

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Durchführung der Sitzung mit der vorstehenden Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte 16 und 17 in nicht öffentlicher Sitzung, da gem. § 46 Abs. 8 GO SH berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 3.: Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2025

Einwendungen gegen eine Niederschrift müssen nach § 25 Abs. 6 GeschO innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Protokolls eingegangen sein. Die Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2025 wurde dem Bau-, Wege- und Umweltausschuss Ostenfeld am 04.03.2025 zur Kenntnis gegeben. Einwendungen wurden innerhalb der Frist nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

TOP 4.: Einwohnerfragestunde

Es ergehen keine Wortmeldungen.

TOP 5.: Beratung und Beschlussfassung zur Brunnenanlage in der Alten Schule

Der Vorsitzende erläutert, dass im Rahmen der gemeindlichen Notfallvorsorge Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung vorbereitet werden. Ziel ist es, die Versorgungssicherheit im Falle eines Ausfalls oder einer längerfristigen Störung der bestehenden Systeme zu erhöhen. Die Liegenschaft „Alte Schule“ soll im Ereignisfall als zentraler Anlaufpunkt für die Bevölkerung dienen.

Die derzeit zuständige Wassergenossenschaft gewährleistet aktuell die laufende Versorgung. Die bestehende Infrastruktur des Wasserbrunnens ist jedoch nicht auf einen

Katastrophenfall ausgelegt. Die Leistungsfähigkeit würde im Ernstfall voraussichtlich nicht ausreichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der kommunalen Gefahrenabwehr und Daseinsvorsorge folgende Punkte fachlich und rechtlich zu prüfen, insbesondere die Sicherstellung der erforderlichen Versorgungskapazität gemäß dem gemeindlichen Notfallkonzept:

- die täglich mögliche Fördermenge (m³/Tag),
- die Qualität des bereitgestellten Wassers gemäß Trinkwasserverordnung,
- die Notwendigkeit der Beauftragung eines Fachunternehmens für Planung und Umsetzung,
- die Errichtung eines neuen Brunnens bzw. die Erweiterung oder Modernisierung eines bestehenden Brunnens,
- die Genehmigungsfähigkeit durch die zuständige Wasserbehörde.

Ein Beschluss der Gemeindevertretung ist derzeit nicht erforderlich. Die weitere Beratung erfolgt im zuständigen Bau-, Wege- und Umweltausschuss.

Beschluss:

Es wird beschlossen, sich grundsätzlich weiterhin mit der Thematik des Katastrophenschutzes im Hinblick auf die Trinkwasserversorgung zu befassen. Nach erfolgter technischer und rechtlicher Prüfung im Sinne des gemeindlichen Notfallkonzepts soll die weitere Beratung im zuständigen Bau-, Wege- und Umweltausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 6.: Beratung und Beschlussfassung über die Erneuerung der Nebeneingangstür der Alten Schule

Der Ausschussvorsitzende erläutert die Situation und stellt drei mögliche Varianten zur Erneuerung vor.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Nebeneingangstür durch ein Kunststoff-Element (Variante Nr. 2) zu erneuern.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 7.: Beratung zur Verkehrsinsel und Stoppschild am Rader Weg

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt.

Die Errichtung einer Verkehrsinsel an der betreffenden Einmündung am Rader Weg wurde genehmigt.

In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls die Anbringung eines Stoppschildes vorgeschlagen und zur weiteren fachlichen Bewertung beim Kreis Rendsburg-Eckernförde eingereicht.

Die Straßenverkehrsbehörde des Kreises RD-ECK. hat den Vorschlag zur Aufstellung eines Stoppschildes jedoch abgelehnt. Die Beurteilung beruht auf folgenden Aspekten:

- Die Sichtverhältnisse an der Einmündung sind als ausreichend einzustufen; eine gute Einsehbarkeit ist gegeben.
- Die Einmündung befindet sich nicht im Bereich einer Kurve.
- Gemäß amtlicher Statistik handelt es sich nicht um einen Unfallschwerpunkt.

Im kommenden August 2025 wird eine Verkehrsschau durch den Kreis RD-ECK in der Gemeinde durchgeführt. Hierbei bietet es sich an, auf die Verkehrssituation hinzuweisen.

TOP 8.: Beratung zur Anbringung von Spiegeln in Kreuzungsbereichen

Der Vorsitzende berichtet über die im Vorfeld durchgeführte Begehung mehrerer Einmündungsbereiche im Gemeindegebiet mit dem Ziel, die örtlichen Sichtverhältnisse zu bewerten und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung zu erörtern. Im Fokus stand insbesondere der potenzielle Einsatz von Verkehrsspiegeln.

Die betreffenden Straßenabschnitte wurden dem Ausschuss anhand einer Präsentation mit Bildern und Fotos durch den Vorsitzenden erläutert und gemeinsam diskutiert.

Es handelt sich um:

- Dorfstraße / Kieler Straße: Eine mögliche Anbringung eines Spiegels wurde erörtert.
- Dorfstraße (Laterne): Es ist kein Spiegel vorgesehen.
- Rader Weg / Kieler Straße: Hier wird ein Stoppschild vorrangig verfolgt, ein Spiegel ist nicht geplant.

Im Ausschuss wurde die Thematik ausführlich diskutiert. Dabei kamen auch die potenziellen Nachteile von Verkehrsspiegeln zur Sprache: Sie können ein trügerisches Sicherheitsgefühl vermitteln und den Blick in eine ungünstige Richtung lenken. Zudem wurde auf die hohen Kosten von wetterbeständigen Spiegeln mit Anti-Kondensationsbeschichtung (rund 1.500 Euro pro Stück) hingewiesen.

Nach intensiver Beratung besteht Einigkeit im Ausschuss, dass vorerst keine Verkehrsspiegel angebracht werden sollen.

TOP 9.: Beratung über die Aktion zur Kastration von freilebenden Katzen 2025

Der Ausschussvorsitzende erläutert den Sachverhalt, über die diesjährige Aktion zur Kastration freilebender Katzen. Das Land Schleswig-Holstein unterstützt erneut die kostenfreie Kastration freilebender Tiere, um die unkontrollierte Vermehrung einzudämmen und ökologische Folgen zu verhindern. Zur Teilnahme ist vorab eine Kontaktaufnahme mit dem Ordnungsamt im Amt Eiderkanal erforderlich. Auch bei akuten Vorkommnissen wird empfohlen, das Ordnungsamt einzuschalten. Ein Beitrag mit weiteren Informationen erscheint im nächsten Ostenfelder Dorfblatt.

TOP 10.: Beratung über die Einhaltung der Straßenreinigungssatzung (Rinnsteine, Heckenschnitt und Hundekot)

Im Ausschuss wurde ausführlich über die wiederkehrenden Problemfelder wie unzureichende zurückgeschnittene Hecken, nicht gereinigte Rinnsteine sowie das Nichtbeseitigen von Hundekot im öffentlichen Raum diskutiert.

Zur Verbesserung der Situation erklärten sich der Bürgermeister und der Ausschussvorsitzende bereit, bei entsprechenden Hinweisen die Erstansprache persönlich zu übernehmen. Bei Bedarf sollen hierzu Vor-Ort-Termine mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern stattfinden, um im direkten Dialog auf die Pflichten gemäß der Straßenreinigungssatzung hinzuweisen.

TOP 11.: Beratung über bestehende Bauvoranfragen und weitere Wohnraumentwicklung

Der Ausschussvorsitzende informiert über den aktuellen Sachverhalt.

Die Grundlage der weiteren Entwicklung ist der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, wonach sich Gemeinden im ländlichen Raum – wie Ostensfeld – bis zum Jahr 2036 gemessen am Stand der Wohneinheiten zum 31.12.2020 um maximal 10 % vergrößern dürfen. Zum Stichtag bestanden in Ostensfeld 258 Wohneinheiten, was einer zulässigen Erweiterung um bis zu 26 Wohneinheiten entspricht. Die bislang erteilten positiven Bauvorbescheide, insbesondere ein Bauvorhaben aus dem Jahr 2023 mit sechs Wohneinheiten, sind hierbei noch nicht berücksichtigt, sodass aktuell ein Potenzial von rund 16 Wohneinheiten verbleibt.

Im Rahmen der Beratung wurde über die Möglichkeit gesprochen, zur strukturierten Weiterentwicklung des Ortsbildes Angebote für ein Ortskernentwicklungskonzept einzuholen. Die weitere inhaltliche Beratung soll im Bau-, Wege- und Umweltausschuss erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten zu prüfen und entsprechende Anträge vorzubereiten. Zudem wird erwogen, im weiteren Verfahren ein Stimmungsbild der Bürgerinnen und Bürger einzuholen, um die Entwicklungsperspektiven im Einklang mit den örtlichen Interessen gestalten zu können.

Eine Beschlussfassung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

TOP 12.: Sachstandsbericht über das Feuerwehrgerätehaus

Herr Uken und Herr Haupt berichten, dass die beim Kreis eingereichte Bauvoranfrage zum Anbau des bestehenden Feuerwehrgerätehauses abgelehnt wurde.

Als Begründung wurde angeführt, dass der geplante Anbau zu weit hinter die vorhandene Bebauung der angrenzenden Grundstücke hinausragt. Ein alternativer Anbau quer über das Grundstück würde nach aktueller Planung den Zugang zu den Parkplätzen versperren.

Im Ausschuss wurde ergebnisoffen über mögliche Alternativen, einschließlich eines Neubaus, diskutiert. Derzeit liegen laut Mitteilung des Landes vom 12.05. keine passenden Förderprogramme für den Feuerwehrbau vor.

Zudem wurde angeregt zu prüfen, ob eine interkommunale Kooperation mit der Gemeinde Rade eine sinnvolle Option darstellen könnte. Auch die Verfügbarkeit eines geeigneten Grundstücks für einen möglichen Neubau ist in diesem Zusammenhang zu klären.

TOP 13.: Beratung über Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Grünflächen

Frau Sievers informiert über verschiedene Ansätze zur ökologischen und gestalterischen Aufwertung gemeindeeigener Grünflächen, insbesondere entlang von Straßen. Ziel ist es, sowohl insekten- und bienenfreundliche Lebensräume zu schaffen als auch das Ortsbild durch eine attraktivere Bepflanzung aufzuwerten.

Vorgestellt wurden drei Maßnahmen:

1. Eine Blumenzwiebel-Pflanzaktion auf geeigneten Flächen im Herbst,
2. das Projekt „Gärten der Vielfalt“ – gegebenenfalls in Kooperation mit örtlichen Kindergärten,
3. sowie die Anlage von Blühstreifen.

Der Ausschuss ist sich einig, dass die Maßnahmen pflegeleicht bleiben müssen. Besonders positiv wird hervorgehoben, dass Blumenzwiebeln jährlich wiederkehrend blühen und somit langfristig zur optischen Aufwertung und zur Förderung der Artenvielfalt beitragen.

Die Tendenz und das Einvernehmen im Ausschuss sprechen sich derzeit vorrangig für die Umsetzung der Blumenzwiebelaktion aus.

TOP 14.: Bericht der Verwaltung

Es ergehen keine Wortmeldungen.

TOP 15.: Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden, Anfragen der Ausschussmitglieder

- Herr Prang weist auf die Bedeutung der regelmäßigen Pflege der Banketten hin, da diese wesentlich für einen funktionierenden Wasserablauf entlang der Fahrbahnränder ist.
- Im Anschluss gibt Herr Uken anhand einer Präsentation einen aktuellen Überblick zum Sachstand verschiedener gemeindlicher Projekte.

Herr Uken schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:55 Uhr.

TOP 18.: Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse

Im Anschluss an den nicht öffentlichen Teil der Sitzung stellt der Vorsitzende die Öffentlichkeit wieder her und gibt die gefassten Beschlüsse aus nicht öffentlicher Sitzung bekannt.

Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 19.: Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende Simon Uken bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21:01 Uhr.

gez. Uken

Simon Uken
(Der Vorsitzende)

Osterrönnfeld, 26.06.2025

gez. Thode

Torben Thode
(Protokollführung)